

Antrag

**der Abgeordneten Olaf Duge, Jens Kerstan, Dr. Anjes Tjarks, Farid Müller,
Anja Hajduk (GAL) und Fraktion**

**Betr.: Mieterinnen und Mieter schützen – Soziale Erhaltungsverordnungen
ausweiten!**

Der jüngst veröffentlichte Mietenspiegel zeigt deutlich: mit 5,8 Prozent liegen die durchschnittlichen Mietensteigerungen weit über der Steigerung des Mietenspiegels 2009 mit 3,9 Prozent. Einzelne Stadtteile wie St. Pauli, Ottensen, aber auch Hamm und Horn weisen überdurchschnittliche Mietsteigerungen mit zum Teil 27 Prozent auf.

Die Entwicklung im Wohnungsmarkt wird zunehmend dramatisch. Stadtteile auch außerhalb der bisher favorisierten geraten zunehmend in den Fokus von Renditeinteressen.

Die aktuelle Entwicklung in Hamm, wo ein ganzer Häuserblock aus der Schumacher-Zeit abgerissen und für Mieten von circa 12 Euro pro Quadratmeter statt bisher 4 bis 6 Euro vermietet werden soll, ist ein prägnantes Beispiel dafür. In Bahrenfeld werden ganze Häuserblocks für die Umwandlung in Eigentumswohnungen ins Visier genommen.

Die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen im innerstädtischen Bereich muss gestoppt werden, um den Druck auf diese Quartiere zu vermindern.

Die Protestbewegung gegen zu hohe Mieten und zu wenig bezahlbaren Wohnraum weitet sich immer mehr aus. Familien wissen nicht mehr, wie sie die Mieten bezahlen sollen – wenn sie überhaupt eine Wohnung finden. Renditevorstellungen wie vor der Finanzkrise sollten der Vergangenheit angehören. Der soziale Frieden in dieser Stadt gerät in Gefahr, wenn nicht alle gemeinsam versuchen, die Entwicklung zu bremsen.

Der Erlass einer Sozialen Erhaltungsverordnung muss auf einem rechtsicheren Fundament stehen. Die Daten für eine fachliche Prüfung der unten genannten Stadtteile reichen momentan nicht aus, um die Entwicklung qualifiziert bewerten zu können. Die Vorprüfungen durch die Bezirke sowie die anschließenden Prüfungen seitens der BSU nehmen einen Zeitraum von circa ein bis zwei Jahren in Anspruch. Aus diesem Grund ist es geboten, jetzt mit den Vorprüfungen zu beginnen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. in Zusammenarbeit mit den Bezirken unverzüglich Vorprüfungen zum Erlass von Sozialen Erhaltungsverordnungen in den Stadtteilen Bahrenfeld, Ottensen (ohne das in Prüfung befindliche Osterkirchenviertel), Eimsbüttel, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Eilbek, Winterhude, Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Dulsberg und Alsterdorf vorzunehmen.
2. die Bezirke personell auskömmlich zur Umsetzung der Sozialen Erhaltungsverordnungen auszustatten.
3. der Bürgerschaft bis zum 01.03.2012 und danach jeweils halbjährlich Bericht zu erstatten.